

## **Bericht**

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 27.09.2018

1. Gegenstand des Berichtes: Abschlussbericht zur Empfehlung der BVV, Ds-Nr.0238/VIII aus der 07. BVV vom 27.04.2017

Für eine Ausweitung der Tarifzone B bei der S-Bahn

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Dem Bezirksamt wurde empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Tarifzone B über das Berliner Stadtgebiet hinaus, mindestens bis zur jeweils ersten hinter der Stadtgrenze gelegenen S-Bahnstation der grenzüberschreitenden Linien, vergrößert wird.

Der Empfehlung wurde gefolgt.

Das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) hat o.g. Beschluss der BVV an die BVG zur Stellungnahme weitergegeben.

Die BVG teilte am 11.08.2017 mit, dass die Zuständigkeit der Tarifgrenzen beim Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) liegt.

Die Antwort auf die Anfrage bei der VBB liegt nunmehr vor und wird der BVV zur Kenntnis gegeben:

" ... vielen Dank für Ihre Nachricht.  
Anbei unsere Einschätzung des Sachverhaltes:

Eine Ausweitung der Tarifzone B wird vom VBB als nicht zielführend angesehen. Das bisherige Modell der Tarifzonen hat sich bewährt. Es ist einfach und transparent – hieran gilt es festzuhalten. Eine Ausweitung der Tarifzone B käme zudem einer Tarifabsenkung gleich. Die sich in der Folge ergebenden Mindereinnahmen für die Verkehrsunternehmen müssten von der öffentlichen Hand gegenfinanziert werden. ..."

Von Seiten des Bezirksamtes wird die Ausweitung der Tarifzone B einvernehmlich befürwortet. In einem gesonderten Schreiben an die zuständige Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (siehe Anlage) wird dem Vorhaben seitens des Bezirksamtes entsprechend Nachdruck verliehen.

Dagmar Pohle  
Bezirksbürgermeisterin

Johannes Martin  
Bezirksstadtrat für Wirtschaft,  
Straßen und Grünflächen

Anlage

**Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin**  
Abteilung Wirtschaft, Straßen und Grünflächen  
Bezirksstadtrat



Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, 12591 Berlin (Postanschrift)

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr  
und Klimaschutz  
Senatorin  
Frau Regine Günther  
Am Köllnischen Park 3  
10179 Berlin



Dienstgebäude  
Wolfener Str. 32 - 34, Haus K  
12681 Berlin



Telefon: 90293 2600  
Telefax: 90293 2605  
Mail: [buero.johannes.martin@ba-mh.berlin.de](mailto:buero.johannes.martin@ba-mh.berlin.de)

Datum: 08. August 2018

## **Ausweitung der Tarifzone B**

Sehr geehrte Frau Senatorin Günther,

täglich pendeln berufsbedingt über 30.000 Menschen allein aus dem Brandenburger Umland in den Bezirk Marzahn-Hellersdorf und ca. 15.000 Personen nach Brandenburg. Insbesondere für Berlins Randbezirke ist dies mit großen Herausforderungen verbunden. Nicht nur der Individualverkehr der von außen Richtung Stadtzentrum führt, auch der Anfahrtsverkehr zu den zentralen Bahnhöfen des Bezirkes ist mit Problemen verbunden: Die P+R-Kapazitäten an den Randbahnhöfen sind nahezu vollständig ausgelastet zu einem großen Teil mit in Brandenburg gemeldeten KFZ. Da die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz den Ausbau bzw. den Neubau der P+R-Kapazitäten nicht unterstützt, führt dies zu massiven Belastungen der Anliegerinnen und Anlieger im Umfeld von Bahnhöfen und darüber hinaus erschwert dies den Umstieg vom KFZ in den ÖPNV attraktiver zu gestalten.

Aus meiner Sicht gibt es hierfür drei entscheidende Ursachen:

Die derzeit definierte Grenze des Tarifbereiches AB zum Bereich C führt für Brandenburger zu monatlichen Mehrkosten. Die Nutzung des KFZ bis zum ersten Bahnhof im Bereich AB erscheint damit offensichtlich lohnenswert.

Die wesentlich ungünstigeren Taktzeiten entlang der Strecke - u. a. aufgrund ausbleibender Investitionen bspw. für die Elektrifizierung und den zweigleisigen Ausbau der Ostbahn - führen ebenfalls dazu, dass Menschen aus den umliegenden Gemeinden das KFZ nutzen, um zu Bahnhöfen im Bezirk zu gelangen, an denen die Taktung dichter ist.

...

Die ÖPNV-Anbindung zu den zentralen Bahnhöfen ist bereits im Bezirk selbst – insbesondere in Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf – derzeit nicht stark ausgeprägt. In den Gemeinden im Umland scheint dies ebenfalls dazu zu führen, dass zumindest bis zum ersten Bahnhof im Tarifbereich AB das KFZ gewählt wird.

Berlin würde hier enorm von einer Lösung dieser Probleme profitieren und muss daher ein originäres Interesse daran haben, gemeinsam mit dem Land Brandenburg, den Kreisen und Gemeinden sowie den Partnern im VBB den Umstieg zum ÖPNV stärker zu forcieren.

Die Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn-Hellersdorf hat daher den Beschluss 0238/VII gefasst, eine Ausweitung der Tarifzone B zu erreichen. Diese Initiative wurde bereits im Abgeordnetenhaus diskutiert. Den BVV-Beschluss übermittle ich Ihnen anbei. Ich unterstütze dieses Anliegen uneingeschränkt und bitte daher um Prüfung des Beschlusses.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Martin